

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 19 (1925)
Heft: 7-8

Artikel: Giftgas oder Vertrauen : ein offener Brief an den Herrn Bundesrat, Chef des Eidgenössischen Militärdepartements
Autor: Cérésolle, Pierre
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-135301>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

manchmal schwer und schmerzlich sein, aber es ist der Weg der Freiheit. Sie geht nicht unter, sie steht vor einem neuen Ansatz.

Der Weg der Freiheit führt jetzt zur Autorität. Denn die Freiheit bedarf der Autorität. Das war die eine der beiden grossen Wahrheiten, die ich zu entwickeln versucht habe. Und welches ist denn die andere?

L. R a g a z.

(Schluss folgt.)

Giftgas oder Vertrauen.

(Ein offener Brief an den Herrn Bundesrat, Chef des Eidgenössischen Militärdepartements.)

In der letzten Nationalratsdebatte über das leichte Maschinengewehr liessen Sie, Herr Bundesrat, folgende Worte fallen:

„Mit dem guten Willen der Regierungen und dem Druck der öffentlichen Meinung ist es möglich, den Gaskrieg zu unterdrücken.“

Merkwürdig, früher hatten andere Leute gesagt:

„Mit dem guten Willen der Regierungen und dem Druck der öffentlichen Meinung sollte es möglich sein, den Krieg überhaupt zu unterdrücken.“

Und sie wurden von allen klugen Politikern und auch von Ihnen (siehe z. B. Botschaft des Bundesrates betr. neue Truppenordnung 6. 5. 24.) als weltfremde Idealisten kurz erledigt.

Die Sache steht ungefähr so: In unserer Nachbarschaft wohnt eine Familie teperamentvoller Leute, die sich bei grossen Festtagen periodisch das ganze zur Verfügung stehende Geschirr gegenseitig an den Kopf schmeissen. Als unverbesserlicher Optimist kam einer bei dem unerquicklichen Schauspiel der blutigen Nasen und der zerrissenen Festkleider auf den Gedanken, dass diese rauflustigen Gesellen vielleicht doch einmal bei näherer Ueberlegung der sittlichen — ganz besonders aber der wirtschaftlichen — Folgen ihres Benehmens diesen eigentümlichen Sonntagsbetrieb aufgeben würden. Als er so nachdenklich am Fenster stand und versuchte, die mysteriösen Seelenvorgänge der Nachbarn zu ergründen, kamen Sie, Herr Kriegsminister, herangelaufen, klopfen sanft auf seine Schulter und sprachen: „Nein, mein Lieber! Wenn du die menschliche Seele nur einigermaßen kennen würdest, so könntest du einem so wahnsinnigen, weltfremden Optimismus nicht huldigen. Diese Raufereien sind unvermeidlich. Kriege hat es immer gegeben und wird es immer geben. Ich habe aber eben mit meinem Freunde Motta von diesen Leuten das feierliche Gelübde erhalten, dass sie sich bei den nächsten Schlägereien nie und nimmer das teure Porzellangeschirr, sondern nur noch das billigere irdene gegenseitig an den Kopf werfen.“

Dabei sprachen Sie wirklich so ernst, wie es nur ein Bundesrat

tun kann, und hinter Ihnen lauschten fromm und still Hunderte von den klügsten Staatsmännern unseres lieben Vaterlandes.

* * *

Darf man da lachen? Kaum! In dieser Erklärung und in dieser Zustimmung des grössten Teiles unserer Bundesversammlung erscheint im grellsten Licht das gefährliche Elend unserer verstockten eidgenössischen Geistesverfassung in Bezug auf Krieg und Militär.

Vielleicht meinen Sie, Herr Bundesrat, Sie könnten das gefallene unglückselige Wort bei nächster Gelegenheit flicken mit dem Geständnis, Sie seien damals tatsächlich in Ihrer grossen eidgenössischen Friedenssehnsucht zu optimistisch gewesen und müssten nun einen neuen Extrakredit von etwa 50 Millionen zur Vorbereitung des jetzt als unvermeidlich anerkannten Giftgaskrieges verlangen?

Nein, Herr Bundesrat, so billig — und wenn Sie auch 1000 Millionen verlangten — so billig können Sie nicht mehr auskommen, denn, was wir jetzt wissen wollen, ist dies: Woher haben Sie denn — auch nur einen Augenblick — dieses unglaubliche Vertrauen auf das mögliche Verbot der Giftgase geholt, während Sie doch das psychologisch hundertmal leichtere Verbot des Krieges überhaupt von vornherein als Wahnsinn abweisen?

Wir haben hier das Grundproblem der schweizerischen Militärpsychologie und eine einzigartige Gelegenheit, uns endlich selbst so zu sehen, wie wir tatsächlich sind, vor uns.

In welchem Zusammenhang steht diese bundesrätliche Erklärung mit der wirklichen Welt?

1. Sie widerspricht den elementaren Gesetzen der Menschen- und Völkerpsychologie.

2. Sie widerspricht jeder geschichtlichen Erfahrung. Nie haben die Völker auf den Gebrauch einer neuen wirksamen Waffe verzichtet, und es wird hier keine neue sittliche Kraft angerufen, die eine solche bis jetzt unerhörte Selbstbeherrschung ermöglichen würde.

3. Sie widerspricht besonders und in denkbarster Schärfe den ganz frischen Erfahrungen des letzten Krieges. In diesem Kriege waren die Giftgase durch die Haagerverträge so feierlich verboten, wie man sie nur verbieten kann, und wurden doch ausgiebig von allen Seiten her verwendet.

4. Sie widerspricht allen Berichten, die beständig und mit immer wachsender Häufigkeit aus allen Ländern über Giftgasvorbereitungen zum nächsten Krieg einlaufen.

Und trotzdem, Herr Bundesrat, haben Sie es fertig gebracht, ernstlich an die Möglichkeit dieses Verbotes zu glauben. An Ihrem Ernst und an Ihrer Aufrichtigkeit zweifeln wir nicht; Sie hatten gewiss nicht die Absicht, unser Volk zu betrügen. Wie können Sie dann aber das Schwierigere für möglich halten und das Leichtere als phantastische Utopie abweisen?

Es gibt offenbar nur e i n e Erklärung: an das schwierigere Verbot glauben Sie, weil Sie es von ganzem Herzen wünschen, an das leichtere glauben Sie nicht, weil Sie sich nicht wirklich darnach sehnen.

Und doch würde das leichtere — das Verbot jedes Krieges — den Frieden und die Existenz unseres Landes für immer sichern, während das schwierigere — das Verbot des Gaskrieges allein — eine noch verbesserte und vergrößerte Auflage des Weltkrieges und den gänzlichen Untergang Europas und der Schweiz auf keine Weise verhindert.

Es leuchtet also ein, dass Ihnen e t w a s noch näher am Herzen liegt als der Friede, noch näher als das Heil des Vaterlandes, noch näher als die so oft als allerhöchstes Gesetz angeführte „Salus publica“. Dieses e t w a s ist nicht, wie man hoffen könnte, Gott oder die Menschheit oder die heilige Pflicht, den nationalen Egoismus einmal in die Schranken zu weisen. Nein, dieses allerhöchste Etwas ist ganz klar und einfach: d i e A r m e e !

Von ganzem Herzen wünschen Sie die Abschaffung des Gaskrieges, weil dieser Krieg unsere Armee, wie sie jetzt ist und bei unseren beschränkten Mitteln kaum anders werden kann, einfach als unbedeutendes Spielzeug ausschaltet. Ihr Wunsch — Ihre wahre Sehnsucht, Ihr starker Glaube an dieser Stelle — entspringt nicht einer friedensliebenden, sondern einer durchaus militärfrommen Seele. So erklärt sich auch Ihre kühle, skeptische Haltung gegenüber einem gänzlichen Verbot des Krieges: ein solches Verbot würde das Vaterland für immer retten, würde aber gleichzeitig die Armee abschaffen; dieser Gedanke ist Ihnen unerträglich.

Ich behaupte nicht, dass Sie in bewusster Weise zu diesem Schluss gelangen und stehen. Sie würden wohl kaum sagen: „Ich setze unsere Armee über alles und würde sie auch noch behalten wollen, wenn unser Land dabei zum Teufel gehen sollte.“ Der Prozess ist komplizierter. Sie beginnen mit einer tiefen, althergebrachten Anhänglichkeit für unser Militärwesen. Dieses ist Ihnen an und für sich so teuer und lieb — aus Gründen, die ich durchaus würdigen kann — dass Sie instinktiv alles abweisen oder abschwächen, was auf das Schweizermilitär irgendwie einen Schatten werfen könnte. Die gänzliche Abschaffung von Krieg und Kriegsgefahren erkennen Sie wohl t h e o r e t i s c h als wünschenswert an, da sie aber auch die gänzliche Abschaffung unserer Armee zur Folge hätte, so sind Sie in Ihrem Herzen geteilt und können sich leicht damit abfinden, dass Ihr theoretischer, blasser Wunsch nicht in Erfüllung geht. In dem — an sich so überaus schwierigen — Kampf für die gänzliche Abschaffung des Krieges muss die Militärbegeisterung die Entschlossenheit und innere Einheit des Willens in gefährlicher Weise lähmen und zerbrechen. Diese verhängnisvolle Wirkung tritt

an keiner Stelle so deutlich, so grell hervor als in diesem Vertrauen a priori zu Giftgasverträgen und Misstrauen a priori zu Friedensverträgen überhaupt.

Wir haben hier eigentlich zwei experimentelle Proben über Misstrauen bzw. Vertrauen zu zwei verschiedenen Sachen benützt, um auf die Grössen der beiden „Unbekannten“ — wirkliche Sehnsucht nach allgemeinem Völkerfrieden und wirkliche Sehnsucht nach Beibehaltung der Schweizerarmee — zu schliessen. Das Resultat ist erschreckend: erschreckend klein bei der ersten, erschreckend gross bei der zweiten „Unbekannten“. Man könnte vielleicht seine Richtigkeit bezweifeln. Es gibt aber eine dritte Probe, eine dritte „Gleichung“, wenn man will, an der sich die gefundenen Werte vollständig bestätigen. Sie ist uns durch die Behandlung der Zivildienstpetition im Bundesrat und in der Bundesversammlung gegeben.

Seit langer Zeit wollte ich Sie, Herr Bundesrat — Sie und Ihre Gesinnungsgenossen — fragen, wie Sie sich eigentlich Ihre eigene tiefe Antipathie gegen die Versuche eines Zivildienstes im Ausland erklären.

Bestreiten Sie etwa diese Antipathie? Wenn ich Sie frage: „Hand aufs Herz, Herr Bundesrat, hätten Sie sich über einen durchschlagenden Erfolg des Zivildienstes in Dänemark, Schweden, Norwegen und den Niederlanden aus ganzer Seele gefreut?“ so werden Sie wohl kaum mit einem ganz entschlossenen „Ja“ antworten Doch? Sie meinen wirklich, dass der Erfolg dieses neuen Versuches einer teilweisen Ablenkung der Militärenergie in neue, friedliche Bahnen Sie und Ihre Freunde — wie jeden anständigen Menschen — gefreut hätte?

Dann muss ich Ihnen endlich direkt die Frage stellen, die ich schon zu verschiedenen Malen vergebens an den „Bund“ und an die „Neue Zürcher Zeitung“ in zwei Briefen, die sie wohl erreichten, die aber nicht publiziert wurden, gerichtet habe:

Wie kommt es denn, dass Sie über den Zivildienst in Schweden sowohl in dem Bericht an die Bundesversammlung vom 12. September 1924 wie auch kürzlich noch in der Ständeratsdebatte ganz irreführende Angaben, und zwar im ungünstigen Sinne, gemacht haben?

Ich möchte hier wiederholen, was ich im September 1924 an die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb, als sie die allerersten Mitteilungen über Ihren oben zitierten Bericht publizierte:

„Mit grosser Ueberraschung habe ich die von der „Neuen Zürcher Zeitung“, Sonntag, den 14. September, Nr. 1365, wiedergegebenen Mitteilungen des Bundesrates über die Ergebnisse des Zivildienstes in Schweden gelesen; denn sie stehen in schroffem Widerspruch mit den aus zuverlässigsten schwedischen Quellen von uns bezogenen Nachrichten.

Nach Ihren Angaben erklärt der Bundesrat, dass es schwer hielt, bestimmte Auskunft zu erhalten, was zur Hauptsache daran liegen müsse, dass die nötigen Erfahrungen noch fehlten. — Nach den dem Bundesrat zugekommenen Berichten soll die Durchführung nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen; ein beträchtlicher Teil der Zivildienstpflichtigen soll sich der Arbeit widersetzen und sich in den Arbeitskolonien ungehorsam aufführen; andere sollen sich dem Aufenthalt in diesen Kolonien durch Flucht entziehen.

Uns, die wir über keine diplomatischen Agenten in Schweden verfügen, ist es ein Leichtes gewesen, ausführliche Nachrichten zu erhalten. An Stelle der Andeutungen, die ohne Angabe von Zahlen, Ort und Zeit die Leistungen des Zivildienstes in Schweden in ein ungünstiges Licht setzen, sind uns schon vor mehr als vierzehn Monaten folgende Daten zugekommen, die an Bestimmtheit gar nichts zu wünschen übrig lassen:

Von denjenigen, die 1921 Genehmigung erhielten, statt Dienstübungen Zivilarbeit zu leisten, sind

56 Dienstpflichtige zu den Waldarbeiten des Domäneamtes im Hunneberger Revier,

50 zu gleicher Arbeit im Hamraer Revier einberufen worden,

45 Dienstpflichtige wurden im Domäneamt zur Arbeit in Trollgättan oder Oerebro und in den Torfbereitungsarbeiten bei Rammas verwendet.

Ueber das Betragen und die Arbeitsleistung der Zivilarbeiter haben die Vorsitzenden in ihren Gutachten sich wie folgt geäußert:

Der Oberförster im Hunneberger-Revier:

„Die Arbeitsleistungen der Arbeitenden sind denjenigen der geübten Arbeiter völlig gleich. Fleiss und Betragen ist immer das allerbeste gewesen.“

Der Oberförster im Hamraer-Revier:

„Die Arbeitenden haben sich sehr gut betragen, sind arbeitswillig gewesen und haben ihre Arbeit mit grosser Sorgfalt ausgeführt. Versuche zu Nachlässigkeit oder Stümperei hat man nicht bemerkt. Nachdem sie sich an die Arbeit gewöhnt, sind ihre Leistungen durchschnittlich um 75 bis 80% denjenigen der geübten Arbeiter gleichgekommen.“

Der Vorsteher an der Kraftzentrale in Aelfarleo:

„Die Arbeitenden sind durchgehend willig und ordentlich gewesen. Einige der Handarbeit nicht so gewohnte Personen haben bei weitem nicht normales Arbeitsresultat leisten können.“

Die Zahl derer, die 1922 Genehmigung erhielten, anstatt Militärdienst Zivilarbeit zu leisten, beträgt 152, davon 5 mit höherer Schulbildung.

Bei einem persönlichen Besuch im August 1922 bei Hunneberg fand der damalige Kriegsminister P. A. Hanssen die Dienenden für ihre Arbeit interessiert und mit den Einrichtungen bei der Verlegung zufrieden.

Etwa vorkommende Schwierigkeiten werden nicht verhehlt.

Es ist zum Beispiel beim Aelkarleö Wasserfall vorgekommen, dass man der Meinung war, die „Zivil-Arbeiter“ beraubten die auf dem Platze wohnenden Arbeiter ihres Verdienstes. Hier kam es sogar soweit, dass die Zivil-Arbeiter sich weigerten, unter solchen Verhältnissen zu arbeiten, und aus diesem Grunde bekamen sie Arbeit anderer Art, während die Sache Gegenstand gerichtlicher Untersuchung wurde. — In einem andern Falle war man der Meinung, dass die Zivil-Arbeiter Streikbrecherarbeit verrichteten, da sie zu einer Arbeit kommandiert wurden, die von der betreffenden Fachorganisation in Verruf erklärt worden war.“

Obige Stellen sind offiziellen Dokumenten entnommen. Die Mitglieder des „Schwedischen Bundes für Christliches Gesellschaftsleben“, die uns jene Stellen mitgeteilt haben, sind keine Dokumentenfälscher. Wenn obige Zeugnisse mit der bundesrätlichen Skizze des schwedischen Zivildienstes verglichen werden, so wird die Annahme nahegelegt, dass, wenn es für den Bundesrat wirklich „schwer hielt“, überhaupt Nachrichten über diesen Zivildienst zu erhalten, dies aus ganz anderen Gründen zu erklären ist als aus Mangel an bereitstehenden Erfahrungsdaten.

Um zu beweisen, wie leicht man tatsächlich solche Auskünfte erhalten kann, möchten wir hier noch die genaue Statistik des schwedischen Verteidigungsdepartements vom Januar 1924 mitteilen betr. die Anzahl der Leute, die sich für reinen Zivildienst gemeldet, das heisst auch Sanitätsdienst in der Armee abgelehnt haben. Diese Zahl beträgt für 1921, 1922 und 1923 151 bzw. 152 und 210.

Diese durchaus befriedigenden Nachrichten über den Zivildienst in Schweden sind durch neuere Mitteilungen vollständig bestätigt worden. Sie wurden aber auch nicht mit einem einzigen Wort von Ihnen erwähnt. Auch wenn sie von militärfrommen schweizerischen Diplomaten in Schweden nach Möglichkeit unterschlagen wurden, so genügt diese Erklärung nicht. Diese Daten sind zwar noch nicht in der deutschen Ausgabe unserer „Erläuterung und Begründung der Zivildienstpetition“ enthalten, wohl aber in der etwas später erschienenen französischen Ausgabe „Exposé de motifs de la pétition en faveur du Service Civil“ (Seite 11), die an alle welschen Mitglieder der Bundesversammlung verteilt wurde.

In der Ständeratsdebatte haben Sie ferner über Schweden nichts

anderes mitzuteilen gewusst als dieses: „In Schweden zeigte sich, dass man, um den Zivildienst zu erzwingen, zu genau den gleichen Mitteln greifen musste wie beim Militärdienst.“ Diese Bemerkung hat keine wahre Beziehung zum Kerne des Problems und lenkt die Aufmerksamkeit auf unbedeutende Episoden ab. Sie entspricht genau der Art und Weise, wie Sie in der Nationalratsdiskussion die praktische Beweiskraft des Someo-Versuches abzuschwächen trachteten durch Hinweis auf die Verwendung von Militärwerkzeugen und Uniformen (d. h. von guten, warmen, festen Kleidern mit etwas unpraktischen Metallknöpfen!).

Bleiben wir aber lieber bei Schweden. Ihre Haltung in diesem Punkte ist bezeichnend. „Ab uno discemus omnia.“¹⁾ Als nüchterne Juristen hätten Sie und unsere Diplomaten ein überaus einfaches Kriterium des Gesamtwertes oder Unwertes des schwedischen Zivildienstgesetzes und der gemachten Erfahrungen finden können: Dieses Gesetz wurde in sehr vorsichtiger Weise nur zur Probe und als provisorische Massregel vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1925 in Kraft gesetzt. Man braucht also nur zu fragen: „Wie stehen die Aussichten auf eine Beibehaltung des Gesetzes über den 31. Dezember 1925 hinaus?“ Unmittelbar nach den oben zitierten Mitteilungen der „Neuen Zürcher Zeitung“ im Oktober 1924 fuhr ich nach Genf, um die Meinung der schwedischen Delegation am Völkerbund über diese Frage zu hören.

Herr Branting war so freundlich und wies mich speziell an seinen Sekretär Dr. Gösta Langenfelt als einen, der mir ebensogut wie er selbst Auskunft über diesen Punkt geben könnte. Herr Langenfelt runzelte keinen Augenblick die Stirne, als ob er ein schwieriges Urteil zu sprechen hätte. Mit dem freien Lächeln des Menschen, der gerne über eine seit Jahren erledigte Frage eine absolut sichere Mitteilung macht, antwortete er: „Es besteht kein Zweifel, dass das Zivildienstgesetz nach 1925 beibehalten werden wird. Wir sind übrigens schon dabei, seine Anwendung zu erweitern, indem nicht nur Dienstverweigerer aus positiven religiösen Gründen — nach dem Wortlaut des jetzigen Gesetzes — sondern auch solche aus allgemeinen sittlichen Gründen bald zum Zivildienst zugelassen werden.“ Und er gab mir auch seine Visitenkarte mit der Erlaubnis, seinen Namen zu nennen.

Darf ich Sie vielleicht bitten, Herr Bundesrat, da Sie ohne Zweifel mit der Anschaffung von Maschinengewehren und der Abschaffung von Giftgasen sehr beschäftigt sind, von allen hier gestellten Fragen nur diese beiden hier im Auge zu behalten:

1. Wird die Mitteilung von Herrn Langenfelt durch die Ihnen zur Verfügung stehende Informationsquelle bestätigt: Ja oder Nein?

¹⁾ An einem Beispiel werden wir alles Uebrige erkennen. Die Red.

2. Genügt diese Bestätigung nicht, um ein auf Schwedens Erfahrungen gegründetes — noch so verschämtes — Argument gegen den Zivildienst total zu widerlegen und gleichzeitig zu beweisen, dass der Bundesrat und der schweizerische diplomatische Vertreter in Stockholm — ersterer ziemlich unbewusst, letzterer halb oder ganz bewusst — die Sachlage in Schweden, wie gesagt, in ein falsches Licht gestellt haben?

Man hat bekanntlich in Schweden in konservativen Kreisen, um gegen die kürzlich beschlossene weitgehende Abrüstung zu agitieren, auch das Beispiel der Mehrrüstung der Schweiz angeführt. („Nationell Tidskrift“, Nr. 9. S. 126, nach dem „Aufbau“ vom 26. Sept. 1924.) So sind auch die Ausführungen des Bundesrates über den schwedischen Zivildienst nicht unbemerkt geblieben. Ein schwedischer Freund unserer Bewegung, der auch mit dem schwedischen Minister des Auswärtigen persönliche Beziehungen hat, schrieb diesem Minister, um seine Aufmerksamkeit auf den Bundesratsbericht zu lenken und seine Meinung darüber zu kennen. „Merkwürdigerweise,“ fügte unser Freund hinzu, „hat mir der Minister, der sonst immer freundlich Auskunft gibt, diesmal keine Antwort geschickt.“ Der gerechte Schwede wollte selbst auf dieses Schweigen keine gewagte Interpretation riskieren. Sie liegt aber ziemlich nahe: ein Minister wird nie gerne Antwort geben, wenn diese Antwort eine befreundete Regierung oder seine diplomatischen Vertreter blösstellen muss.

Damit steht fest, dass Sie und unsere Bundesbehörde dem Versuch eines Zivildienstes in Schweden nicht nur keine wohlwollende Sympathie entgegen gebracht haben, sondern, ohne im Stande zu sein, eine ernste Kritik an ihm zu üben, Ihr Möglichstes getan haben, um ihn vor unserem eigenen Volke zu diskreditieren.

Nun kann ich wieder aus dem reichen Schatz meiner — in heiklen Sachen — regelmässig unveröffentlichten Briefe an die schweizerische Regierungspresse schöpfen und mit einem Zitat aus einem an den „Bund“ gerichteten, höflich abgewiesenen Brief vom 26. März 1924 weiterfahren:

„Warum freut man sich nicht über einen Erfolg des Zivildienstes in Schweden? Offenbar weil ein Erfolg in Schweden allgemein anstecken könnte.“

Diese Ansteckung würde zu den besten Friedensgarantien gehören. Trotzdem wird sie nicht gewünscht, sondern gefürchtet. Unsere Gegner bekennen sich nicht nur zu dem Grundsatz „Salus publica suprema lex,“¹⁾ der in der deutschen Auslegung „Not kennt kein Gebot“ das kaiserliche Deutschland zu Grunde gerichtet hat, sie erklären ausdrücklich, dass sie sich die Eidgenossenschaft ohne

¹⁾ Und zwar gerade in dem Augenblick, wo Sie durch blindes, altmodisches Rüsten diese „Salus publica“ selbst in ärgster Weise gefährden.

die Armee gar nicht denken können.¹⁾ Dabei verstehen sie unter Armee nicht etwa jede Organisation des opferfreudigen Dienstes an der Gemeinschaft — wie der Zivildienst auch eine sein könnte — sondern im üblichen Sinne eine Organisation, die wesentlich mit Kanonen, Gewehren, Giftgasen und allen mörderischen Gewaltmitteln operiert.

Wir gelangen hier an den Scheideweg und müssen ganz deutlich sprechen.

Jene Eidgenossenschaft, zu deren Definition die widerwärtigsten Merkmale eines überlebten Zeitalters ganz wesentlich und unzertrennlich gehören, die in Mord und Blut bzw. im Spiele mit solchen Dingen bis in die Ewigkeit hinein stecken bleiben möchte, auch wenn andere Möglichkeiten geboten wären, ist uns nicht mehr die geliebte Mutter, sondern ein Stück des leibhaftigen Satans, des Moloch, das würdige Geschöpf des verstockten und vergötterten Volksegoismus. Wir hassen es, verfluchen es und verwerfen es von ganzem Herzen. Unter dem geheuchelten Vorwand der Landesverteidigung bereitet dieses Wesen selbst mit allen Mächten, die den Geist verleugnen und brutale Gewalt anbeten, den nächsten Krieg vor. Ueberzeugt und ruhig im Gefühl der erfüllten Pflicht stehen die Meisten — stehen die Besten unsers Landes — noch im gefährlichen Banne; so standen auch 1914 ganze Völker einstimmig und ahnungslos für die schlechteste Sache zum höchsten Opfer bereit; so brachten sie über ihr eigenes Vaterland die grosse Katastrophe.“

* * *

Herr Bundesrat, Sie haben selbst in Ihrer Rede an der Maitagung 1924 der freisinnig-demokratischen Partei in Zürich folgende schöne Worte gesprochen:

„ Ich bin ferner der Ansicht, dass ein grosser Schutz besteht in demjenigen, was wir im Staate und im Hause tun; je besser wir unsere Aufgabe als Volk und als Bürger erfüllen, je wohltätiger sich unser kleiner Einfluss in der Welt geltend macht durch das Beispiel, das wir geben,²⁾ je mehr wir uns die Achtung unserer Nachbarn und der ganzen Welt erringen, desto grösser ist der Schutz, der sich für unser Land aus dieser Arbeit ergibt“

Den gleichen Gedanken hat auch Gottfried Keller ausgesprochen — ich finde ihn in dem neuerschienenen Buche von Otto Lauterburg zitiert: „Könnte es uns gelingen, auch an inneren, sittlichen Eigenschaften, für welche uns Christus das erhabene Vorbild gibt, das Vaterland reicher machen zu helfen, so würden wir zu seinem Schutz ebensoviel beitragen als mit eisernen Waffen.“

¹⁾ Vortrag von Oberst Trüssel. Siehe „Bund“, 18. März 1924.

²⁾ Nicht etwa durch das in Schweden zitierte Beispiel der Mehrrüstung.

Wenn Ihre Worte wie diejenigen Gottfried Kellers ernst zu nehmen sind, so würde das heissen, dass man auf diesem positiven Prinzip auch eine direkte, bewusste, spezialisierte Verteidigung des Vaterlandes aufbauen könnte, welche der althergebrachten Militärverteidigung nach Ihnen ebenbürtig, nach uns hundertmal überlegen wäre. Wird dieser Gedanke konstruktiv verfolgt, so kommt man sofort auf den Vorschlag eines nationalen oder noch besser internationalen Zivildienstes, unter Einsetzung aller Kräfte, damit diese neue Verteidigung die alte und schliesslich den Kriegsmoloch selbst allmählig vernichtete.

Der Hauptunterschied zwischen uns scheint darin zu bestehen, dass wir Ihre Worte viel ernster nehmen als Sie selbst. Wir haben auch neulich ähnliches mit Ihrem Kollegen, Herrn Bundesrat Motta erlebt.¹⁾ Er schliesst Schiedsgerichtsverträge ab, die, wenn sie ernst gemeint sind, Vertrauen voraussetzen und Vertrauen fördern. Wir gratulieren ihm von ganzem Herzen dazu. Dann erklärt er aber vor der versammelten Elite der akademischen Jugend an der Eidgenössischen Polytechnischen Schule in Zürich am 5. Juni: „Es wäre grundfalsch anzunehmen, das Bestehen der Schiedsverträge ergäbe einen Grund zur Vernachlässigung der militärischen Institutionen.“ Mit dieser eleganten Wendung über die schönen, nicht zu „vernachlässigenden“ Institutionen, welche der Menschheit im allgemeinen die Segensjahre 1914—1918 gebracht haben, gelangt Herr Motta als Konsequenz seiner Schiedsverträge in natürlicher Weise nicht zur Ab- sondern zur Mehrrüstung. Wir aber nehmen diese Verträge — seine eigene Arbeit — und das Vertrauen, ohne welches sie überhaupt keinen Sinn haben, so ernst, dass wir darin nicht nur einen Grund, sondern eine Pflicht zur Abrüstung sehen.

Trotz aller Sehnsucht nach ungestörtem Gebrauch der neuesten Erfindungen unserer Waffenfabrik, trotz der von einem biedereren Baselbieter kürzlich ausgesprochenen „heiligen Ueberzeugung“, dass unser liebes Schiessgewehr immer die wirksamste Waffe zur Verteidigung des Vaterlandes bleiben werde, trotz alledem kommt der Gaskrieg oder endlich das Vertrauen: das wahre, nicht das auf Beibehaltung des frisch-fröhlichen eidgenössischen Militärwesens zugeschnittene Vertrauen. Das wahre Vertrauen — es soll kommen!

Wie schön, verehrter Herr Bundesrat, wenn der Schweizerbürger und der Schweizerstaat auch gewillt wären, etwas zu wagen, vielleicht sogar etwas Heroisches zu leisten, damit es komme!

Mit eidgenössischem Gruss Ihr ergebener

P i e r r e C e r e s o l e.

¹⁾ Vergl. dazu das Juniheft, Rundschau. Die Red.